

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869**

30.1.1869 (No. 25)



# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 30. Januar.

N. 25.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Pettzelle oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate Februar und März der Karlsruher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 23. Januar d. J. allergnädigst bewogen gefunden, den Nachbenannten die unterthänigst nachgesuchte höchste Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen der ihnen von Seiner Majestät dem König von Italien verliehenen Ordensdekorationen zu ertheilen, und zwar:

- dem Großherzoglichen Oberst-Kammerherrn, Karl Freiherr von Reischach, für das Großkreuz des Ordens der Königlich-italienischen Krone;
- dem Großherzoglichen Hofmarschall Wilhelm Pleikart Freiherr von und zu Gemmingen, und
- dem Wilhelm August Freiherrn von Gelsheim, diensthühnenden Kammerherrn Ihrer königlichen Hoheit der Frau Großherzogin, für das Großoffizierskreuz des Ordens der Königlich-italienischen Krone;
- dem Vorstand Höchstihres Geheimen Kabinetts, Legationsrath Freiherr von Ungern-Sternberg, für das Commandeurkreuz des Königlich-italienischen St. Mauritius- und Lazarus-Ordens.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

- † **Triest, 28. Jan., Borm.** Der Seetrakt und die Eisenbahn-Magazine sind bis auf das Manöverwerk niedergebrannt, die Garnison hat jedoch einen Theil der darin befindlich gewesenen Waaren gerettet, namentlich Getreide. Große Quantitäten Spiritus gingen verloren; die darin lagernden Del-, Salz- und Schwefelvorräthe wurden aber gerettet.
- † **Bukarest, 28. Jan.** In der Abgeordneten-Kammer wurde das Amendement von Abg. Goeka, den Gehalt des Metropolitans von 36,000 Fr. auf 24,000 Fr. herabzusetzen, mit 47 gegen 45 Stimmen verworfen.
- † **Belgrad, 28. Jan.** Der neue italienische Generalkonsul, Hr. Joannini, ist hier eingetroffen.
- † **Florenz, 28. Jan.** Abgeordnete-Kammer. Vereini wurde zum Vizepräsidenten gewählt. Menabrea beantwortete die Interpellation bezüglich der letzten Note Montsieur's. Er sagt, das Geldbuch habe nicht alle ausgewechselten Schriftstücke veröffentlicht. Die Antwort sei dem italienischen Gesandten in Paris zugegangen. Die Regierung werde die übrigen auf die italienische Frage bezüglichen Aktenstücke veröffentlichen. Dieselben seien alle den Interessen und der Würde Italiens gemäß geschrieben. Hierauf begann die Verhandlung des Handelsvertrags mit der Schweiz.

### Deutschland.

**Dresden, 27. Jan. (S. M.)** Die sog. Volkspartei hat sich nunmehr entschieden von der demokratischen Partei oder deutschen Fortschrittspartei für die bevorstehenden Landtags-Wahlen getrennt. Die Reichstags-Abgeordneten Prof. Wigand und Adv. Schaffrath, das einjährige Mitglied der provisor. Regierung von 1849, Adv. L. Heubner u. A. hatten eine Aufforderung, Namens der demokratischen Partei, zur Theilnahme an den Wahlen erlassen und zu einer Parteiverammlung Anregung gegeben. Diefem Schritt gegenüber erklärt Dr. Petermann, nächst Prof. Wittke das hervorstechendste Mitglied der wenig zahlreichen Volkspartei in Sachsen, daß er aus dem Ausschuss der hiesigen demokratischen Vereinigung ausscheide. Damit dürfte der Austritt aller Volksparteimitglieder derselben, sowie die Enthaltung derselben an der Wahl ausgesprochen sein.

**Berlin, 28. Jan.** Sitzung des Abgeordneten-Hauses vom 28. Jan.

Minister Seelow legt den Entwurf einer Gemeindefeststellungs-Ordnung im Regierungsbezirk Wiesbaden, ausschließlich des Kreises Wiesbaden, vor. Der Entwurf wird an die verstärkte Agrarkommission verwiesen. Die Wahlen von Braunschweig (Deutschtrone) und Klein (Hannover) werden für gültig erklärt.

Es folgt die Vorberatung über den Entwurf: Anderweite Feststellung der Wahlbezirke des Abgeordneten-Hauses. Der Regierungskommissar Graf Eulenburg rechtfertigt die Vorlage und empfiehlt die Annahme zu reinem Ausdruck der Volksmeinung. Abg. Twesten gegen die Vorlage; die Volksvertretung dürfe nicht unwillkürlich ihren eigenen Bestand erschüttern; die Motive seien unvollständig. Der gegenwärtige Zustand sei ein Provisorium. Das Fortbestehen dreier parlamentarischen Körperschaften sei dauernd unhaltbar; eine einseitige Vertretung der Interessen des Herrenhauses habe keinen Platz in der jetzigen Organisation und dessen Befestigung sei eine Hauptaufgabe; nur darauf gerichteten Anträgen sei beizustimmen.

Der Minister des Innern: Die bestimmte Veranlassung

zur Vorlage liege in dem Hintritt der neuen Provinzen; die Absicht, durch die Vorlage eine Mehrheit für die Regierung zu schaffen, liege der Regierung fern. Der Minister bezweifelt, daß mit dem jetzigen Gesetz augenblicklich eine liberale Majorität zu erzielen sei; die Kreise würden die Vorlage lebhaft begrüßen, da deren Selbständigkeit dadurch gesichert sei. Abg. Sturm für das Amendement Kardoff; eventuell für die Vorlage; Abg. Hennig für sein Amendement: Nähere organische Verbindung des Landtags mit dem Reichstag.

Graf Bis marck: Wenn ich mich als Minister, ungeachtet meiner Abneigung gegen die Dreiklassenwahl, der Vorlage anschließen, so thut ich es in Anerkennung der Nothwendigkeit der Vereinfachung der Wahlen. Es ist nicht so einfach, die preussischen Reichstags-Mitglieder als preussischen Landtag zu proklamieren. Dem steht zunächst das Auswärtige Reich der preussischen Krone entgegen, welche eine Verfassungsänderung involvirt. Der Reichstag braucht sich nicht partielle Neuwahlen gefallen zu lassen. Sodann steht das Zweiklassensystem entgegen. Sie greifen das Herrenhaus an; ich bin das einzige Mitglied desselben, welches hier Recht hat, diese Angriffe zu erwidern; ich möchte es nur auf dem Gebiet der Verwahrung thun (Bravo! rechts); ich bitte Sie um mehr Schonung der Ihnen entgegenstehenden Ansichten (Hört, hört!); ich versehe diesen Zuruf, aber es ist schwer, zu sagen, wer angefangen hat (Heiterkeit), eben so schwer wie bei dem Krieg der offiziiösen Pressen. (Heiterkeit.) Die vorliegenden Anträge scheinen unauflösbar. Man muß verhindern, daß das Amt eines Abgeordneten zum Verlust wird. Es ist wünschenswert, daß nicht dieselben Leute allen parlamentarischen Körperschaften gleichzeitig angehören, daß Abkürzung der Arbeiten eintrete, so daß, wie in England, die Budgetberatung bei uns nur 48 Stunden dauere.

† **Berlin, 28. Jan.** Noch vor 20 und selbst noch vor 10 Jahren beherrschte die englische Steinkohle zum größten Theil den preussischen Markt. Namentlich war dies der Fall in den Provinzen Brandenburg, Sachsen, Pommern, Posen und Preußen. Den Bemühungen der Regierung und der Industrie ist es aber gelungen, die englische Kohle fast ganz von den preussischen Märkten zu verdrängen und zwar durch Förderung des Baues von Eisenbahnen nach den inländischen Kohlengruben, sowie durch Hinwirken auf Ermäßigung der Eisenbahn-Frachtpreise für den Kohlentransport. Dabei bietet sich noch alle Aussicht, auch an fremden Plätzen mit preussischer Kohle der englischen Konkurrenz zu machen, wenn erst mehr Kohlenwerte Verbindungen mit den Seehäfen suchen, und wenn die nöthige Frachtermäßigung auf den Eisenbahnen herbeigeführt wird. Schon jetzt werden westphälische Kohlen mit Vortheil nach Bremen und Emden zur Verschiffung gebracht. — An das Handelsministerium ist von mehreren Seiten das Gesuch ergangen, für den Eisenbahntransport des phosphorsäuren Kalkes (Phosphorid) allgemein den Einspennnigtarif pro Ztr. und Meile einzuführen. Dies zu landwirthschaftlich. Zweiten wichtige Material wird aus dem Laubthal meistens auf dem Wasserwege nach dem Ausland verführt, weil die inländische Eisenbahnfracht für dasselbe zu teuer ist. In Berücksichtigung dessen hat der Handelsminister verfügt, daß auf den Staatsbahnen und den unter staatlicher Verwaltung stehenden Eisenbahnen für Phosphorid der Einspennnigtarif nebst 1 Thlr. Expeditionsgebühr für je 100 Zentner in Anwendung kommen soll. — Der Erbprinz und die Frau Erbprinzessin von Hohenzollern-Sigmaringen sind gestern Abend aus Düsseldorf in Berlin angekommen. Im Lauf des heutigen Vormittags statteten die erlauchten Gäste den königl. Majestäten und den Mitgliedern des Königshauses Besuche ab.

### Oesterreichische Monarchie.

**Wien, 26. Jan.** Die „Wien. Ztg.“ veröffentlicht heute eine von dem Minister des Innern, Dr. Gistra, und dem Kultusminister, v. Hasner, unterzeichnete Verordnung, durch welche den Zweifeln über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen über den Konfessionenwechsel ein Ende gemacht wird. Wer seinen Austritt aus einer Kirche oder Religionsgemeinschaft erklären will, hat diese Erklärung mündlich oder schriftlich an die Bezirkshauptmannschaft oder in autonomen Städten an den Magistrat zu richten. Die Frage, ob der Austrittende das vierzehnte Lebensjahr zurückgelegt habe und in normalem Geisteszustande sich befinde, soll nur dann von der Behörde untersucht werden, wenn die Umstände zu Zweifeln berechtigen. Die von der niederösterreichischen Statthalterei erhobenen Bedenken gegen die Anwendung des bezüglichen Gesetzes auf Nicht-Oesterreicher sind jetzt beseitigt, denn die Ministerialverordnung jagt ausdrücklich, daß die Behörden auch die Austrittserklärungen von Ausländern, die sich in Oesterreich aufhalten, protokollieren dürfen.

**Wien, 27. Jan. (Frei. Ztg.)** Das Urtheil des obersten Gerichtshofes in Sachen des Bischofs Kildigier von Linz hat das Prinzip der staatsbürgerlichen Gleichheit vor dem Gesetz, wie es in den Staatsgrundgesetzen ausgesprochen ist, als fernherin allein maßgebend anerkannt. Diese Entscheidung ist von weittragender Bedeutung. Zunächst ist nämlich durch alle Instanzen die Rechtsfrage, ob die Bischöfe den Gesetzen gegenüber eine Ausnahmestellung beanspruchen dürfen, in verneinendem Sinn entschieden; die Folge davon ist, daß künftighin gegen die Verfassungen der Hirtenbriefe, sofern der Inhalt derselben irgend den Gesetzen zuwiderlaufen sollte,

einfach dem Preßgesetz gemäß die Anklage wird erfolgen können. Die Kirchenfürsten werden sich also in Zukunft darauf gefaßt zu machen haben, daß auch das subjektive Strafverfahren gegen sie zur Anwendung gebracht werden wird. Angesichts der nahe bevorstehenden Einführung der Schwurgerichte für Preßvergehen ist diese Perspektive für den hohen Klerus nicht gerade sehr erfreulich; denn nachdem nun einmal die Uebergriffe der Hierarchie eine so allgemeine Mißstimmung hervorgerufen haben, dürften die Schwurgerichte vorkommenden Falls sich den Bischöfen kaum sehr günstig erweisen.

† **Wien, 27. Jan.** In der Sitzung, in welcher das Schlussprotokoll der Konferenz unterzeichnet wurde — ich erzähle diesen Vorgang, weil er auch jetzt noch die Sachlage zu kennzeichnen geeignet erscheint — glaubte der russische Bevollmächtigte nochmals der Hoffnung bestimmten Ausdruck geben zu müssen, daß die Pforte dem weichenenden Griechenland eine goldene Brücke bauen helfen werde. Wir werden — entgegen der Vertreter der Pforte — Ihren Brückenbau nicht fördern; bauen Sie goldene Brücken oder welche Sie wollen, aber verlangen Sie nicht, daß wir dabei Hand anlegen, und seien Sie nur behaft, den Griechen die Ueberzeugung beizubringen, daß sie keine andere Wahl haben, als im geschickten Rückzug über die Brücke oder mit Gefahr ihres Lebens durch das tiefe Wasser zu gehen. Das genügt vollständig.

† **Besht, 27. Jan. (N. Fr. Pr.)** In der Pesther Stadt-repräsentanz fand heute eine große Debatte über nicht-konfessionelle Elementarschulen statt. Bei den in Zukunft auszuschreibenden Lehrerkonkurrenzen werden Befähigte aller Konfessionen zur Bewerbung aufgefordert werden.

### Italien.

**Rom, 23. Jan. (Köln. Ztg.)** Im Lauf dieses Jahres geht im Militär, besonders im Juvenalkorps, das Engagement aller in dem unruhigen Jahr 1867 freiwillig hergeleiteten oder von den katholischen Vereinen geschickten zahlreichen Mannschaften zu Ende, und nur äußerst Wenige zeigen Lust, zu bleiben. Die Römer wünschen bei der theilweisen oder ganzen Erneuerung dieses und jenes Cadres die französische Nationalität so viel wie möglich ausgeschlossen, dagegen aber fällt das Veto Monsignore de Mercede's, der nur Franzosen oder französisch redende Belgier möchte, schwer in die Waage. Es ist wahr, obgleich Rom das französische Okkupationskorps nicht innerhalb seiner Mauern sieht, das französische Element tritt doch nach allen Richtungen hin scharf beherrschend hervor. — Die Zufuhr von Kriegsmunition aus Frankreich währt fort, die Depots in Civita-Vecchia sind bereits so überfüllt, daß man anfing, die letzten Ladungen nach Viterbo zu schaffen. Die französischen Okkupationstruppen sind in Civita-Vecchia, Viterbo und in die größeren Ortschaften bis zur Grenze hin vertheilt. — Die Königin Isabella von Spanien hat ihren hiesigen Verwandten einen Besuch im neuen Jahr in Aussicht gestellt. Der päpstliche Pallast auf dem Quirinal ist schon längere Zeit zu ihrem Empfang eingerichtet.

† **Rom, 24. Jan.** Nachrichten der „Corresp. Habas“ zufolge wird der Vertreter Spaniens, Hr. Posada-Herreta, mit größerer Bereitwilligkeit, obgleich immer nur in Privat-audienz, vom Kardinal Antonelli empfangen, seit man das Resultat der spanischen Wahlen kennt. Die provisorische Regierung hat die rückständigen 50,000 Fr. des Beitrags zu Gunsten der Vatikan-Basilika bezahlt und die republikanischen Mitglieder der spanischen Kolonie von Rom sind zur Abstimmung in der Gesandtschaft nicht zugelassen worden. Seinerseits hat der römische Hof den Konzisen in Madrid wissen lassen, daß er nichts dagegen hätte, wenn die zu Abgeordneten gewählten Geistlichen dieses Mandat erfüllen. Es geht aus Alledem hervor, daß man nicht allzu weit davon entfernt ist, sich herzlich die Hand zu drücken.

Man thut gut, wenn man die Gerüchte in Betreff gewisser Verhandlungen wegen der Errichtung von drei Nunziaturen in St. Petersburg, in Berlin und in London mit Mißtrauen aufnimmt. In Rom hält man allgemein diese Gerüchte für sehr übertrieben. England und Rußland würden glauben, bereits sehr viel gethan zu haben, wenn sie die offiziellen Agenten, die sie in Rom unterhalten, in offizielle umzuwandeln, und sie sind noch nicht einmal so weit. Was Preußen betrifft, so glaubt es genug gethan zu haben, wenn es in Rom wieder eine Gesandtschaft herstellt hat und wenn es einen Feldbischof der Katholiken der norddeutschen Bundesarmee hat ernennen lassen, der die Würde eines Bischofs in partibus bekleidet. Und selbst wenn diese drei Mächte sich darauf einließen, Nunzizen zu empfangen, so ist im höchsten Grad wahrscheinlich, daß sie dabei Bedingungen stellen würden, die in Rom unannehmbar wären. Das wenigstens ist in Rom die ganz allgemein verbreitete Ansicht.

### Frankreich.

**Paris, 27. Jan.** Sitzungen des Gesetzgeb. Körpers vom 26. und 27. Jan.

Die Diskussion über die Interpellation betreffs der Ereignisse auf der Insel Réunion war in so fern ohne Interesse, als sie kein weiteres Licht auf diese Angelegenheit warf. Jules Simon sprach sich ziemlich



gemäßigt, wenn auch energisch aus. Dem Admiral Dupré, dem Gouverneur der Insel, warf er vor, sich dem Kampfsatze fern gehalten zu haben. Er will keineswegs behaupten, daß derselbe der Feigheit zu zeihen, aber er findet, daß sein ganzes Auftreten unerklärlich sei. Was den Direktor des Innern auf Réunion, de Lagrange, anbelangt, so scheint dessen Vorliebe für die Jesuiten die Hauptsache an den Vorkommnissen auf der Insel zu haben. Jules Simon nahm denselben auch äußerst scharf mit. Schließlich verlangte er, daß die Insel unter ein anderes Regime gestellt werde.

Der Marineminister gab ziemlich lange Erklärungen, die sich aber von denen wenig unterscheiden, welche in den offiziellen Berichten der beiden Admirale gegeben wurden. Der Marineminister nahm die Verwaltung in Schutz, die viel Langmut bewiesen, und nur so energisch gehandelt habe, um das Gesez sicher zu stellen. Was die Reform der Verwaltung der Kolonien betrifft, so hält der Marineminister dieselbe für eine sehr delikate Frage, die reichlicher Ueberlegung bedürfe und welche schon seit längerer Zeit der Regierung zur Prüfung vorlege. Von einer Vertretung der Kolonien in der Kammer, die bekanntlich die Opposition verlangt, und welche Algerien und die Kolonien auch während der Republik hatten, will der Marineminister nichts wissen. Der Majorität genügt die ministeriellen Erklärungen, und sie verlangte die Schließung der Debatte, die auch ausgesprochen wurde. Die Kammer ging dann zur einfachen Tagesordnung mit 195 gegen 22 Stimmen über.

Zu der heutigen Sitzung des Gesetzgebenden Körpers kündigte der Präsident an, daß das Interpellationsgesuch Buffet's, betreffend die innere Politik der Regierung, von sechs gegen drei Bureaux, und das der Opposition über den nämlichen Gegenstand von allen neun Bureaux zurückgewiesen worden ist. Dagegen wurde das Interpellationsgesuch de Benoist von allen neun Bureaux angenommen. Dasselbe betrifft bekanntlich die öffentlichen Versammlungen. Es entspann sich hierauf eine Diskussion über die Art und Weise, wie die Interpellationsgesuche bewilligt werden. Andelarre, Bethmont, Hamiens beteiligten sich dabei. Hierauf ergriff Thiers das Wort, welcher darauf hinwies, daß, als man die Adresse unterdrückt, man dafür gesorgt habe, dieselbe durch das Interpellationsrecht hinreichend zu ersetzen. Beginn der Session, am Vorabend der allgemeinen Wahlen, verweigerte man nun den Deputierten, über die innere Lage des Landes zu diskutieren. Der Zwischenfall hatte keine weiteren Folgen. Die Kammer schritt hierauf zur Verifikation einiger neu gewählten Deputierten. Die Journalisten haben heute von ihrer Tribüne Besitz genommen.

\* Paris, 28. Jan. Das „Offizielle Journ.“ enthält ein Kaiserl. Dekret, welches alljährlich eine allgemeine Preisbewerbung unter den Zöglingen aller Rechtsfakultäten des Reichs festsetzt. An dieser Preisbewerbung können nur die Studenten des dritten Jahres Theil nehmen, die bereits die zwei ersten Prüfungen bestanden haben; dieselbe wird jedes Jahr nach Schluß der Lehrkurse stattfinden und eine Abhandlung über einen Punkt des französischen Zivilrechts zum Gegenstand haben. — Morgen wird eine Sitzung des Senats stattfinden, worin jedoch nur Petitionen von lokaler Bedeutung zur Verhandlung kommen.

Die „Patrie“ erfährt aus Athen, daß Hr. Delvannis und seine Kollegen in Folge der letzten aus Paris erhaltenen Nachrichten in einem vom 23. Jan. abgehaltenen Ministerrath dem König ihre Entlassung eingereicht haben. Sie beargwöhnen, daß es außerordentlich schwierig für die griechische Regierung ist, den Mächten sich zu widerlegen; aber sie wollen die Verantwortlichkeit für eine Politik der Nachgiebigkeit nicht übernehmen. Die Entlassung des Ministeriums Delvannis hatte die Aufregung in Athen noch gesteigert. Die Entscheidung der Krone kamte man noch nicht.

Die „France“ schreibt: Man hat von einem Briefe eines Mitglieds des englischen Parlaments gesprochen, in welchem von gewissen Eröffnungen die Rede wäre, die das Cabinet von St. Petersburg der französischen Regierung im Hinblick auf ein engeres Bündniß zwischen den beiden Höfen für gewisse Eventualitäten gemacht haben sollte. Wir kennen den Wortlaut dieses Briefes nicht und wissen nicht, wo er veröffentlicht worden ist, aber wir glauben behaupten zu können, daß die französische Regierung keine Mittheilung dieser Art erhalten hat.

Dem „Temps“ zufolge werden diesmal wieder, wie im verflochtenen Jahre, mehrere Abgeordnete die Aufhebung des Ministeriums des Kaiserl. Hauses in Vorschlag bringen, aber diesmal würde ein solcher Vorschlag von der Majorität günstiger aufgenommen werden. — Rente 70.32 1/2, Cred. mob. 272.50, ital. Anl. 54.90.

### Spanien.

\* Madrid, 25. Jan. Die „Madrid. Ztg.“ bringt heute nachstehendes Telegramm:

Burgos, 25. Jan., 9 Uhr 10 M. Abends. Der interimistische Gouverneur an den Minister des Innern. Um 5 Uhr hat das Kriegsgericht sich für incompetent erklärt, in Bezug auf die Entdeckung der Mörder des Gouverneurs Maßregeln zu ergreifen, weil das Verbrechen vor Verhängung des Belagerungszustandes begangen worden sei. Bereits sind mehr als 50 Verhaftungen vorgenommen worden. Morgen, wenn kein neues Ereigniß von einiger Wichtigkeit eintritt, werden die Befehle des Ministers der öffentlichen Arbeiten, bezüglich der Inventaraufnahme der in den Kirchen und Klöstern befindlichen archivarischen, literarischen oder Kunstschätze, in Vollzug gesetzt werden. Diese Nacht geht eine Kommission von der Provinzialdeputation, der Munizipalität und den Freiwilligen der Freiheit nach Madrid ab, um Ev. Exc. über Alles Aufschluß zu geben, was hier vorgefallen, damit die Regierung die Natur der Bewegung und die Entschlossenheit des Attentats genau kennen lerne.

\* Madrid, 28. Jan. Die „Madrid. Ztg.“ bringt ein Amnestiedekret zu Gunsten der bei den letzten Ereignissen in Puerto-Rico kompromittirten Individuen. — In einem an das spanische Volk gerichteten und von allen Ministern gezeichneten Manifest spricht die provisorische Regierung ihren Entschluß aus, an allen Urhebern, Anstiftern und Mitschuldigen des Verbrechens von Burgos, wer sie auch sein mögen, eben so schnelle als exemplarische Justiz zu üben. Die Regierung erinnert daran, daß sie alle Rechte der Bürger sanktionirt hat und daß die religiöse Freiheit de facto eingeführt ist. Das Manifest sagt zum Schluß, daß bei Herannahen des Tages, wo die Cortes auf die Errungenschaften der Revolution das Siegel drücken werden, leicht vorauszu sehen

ist, daß die reaktionären Machinationen zunehmen werden. Allein die Regierung fürchtet sie nicht, denn sie ist sicher, dieselben zu unterdrücken. Sie zählt hierbei auf die Unterstützung der Armee, der Marine, der Bürgermiliz, und auf den Geist der Freiheit, der das Land befeelt.

### Dänemark.

Kopenhagen, 25. Jan. Das Wehrpflicht-Gesetz ist denn heute nun endlich doch vom Folkething, und zwar mit 55 gegen 33 Stimmen, angenommen worden. Der bisherige Stein des Anstoßes ist nun dadurch beseitigt, daß ordinarische Prediger der dänischen Volkskirche zwar nicht ganz vom Kriegsdienst, aber doch vom Dienst in der „Verstärkung“ frei bleiben und in Friedenszeiten aus der Rolle gestrichen werden sollen, wenn sie zuvor sechs Jahre in der Linie gedient haben. Die Zustimmung des Landstings ist nicht zweifelhaft. — Der Kronprinz ist heute nach Schweden gereist.

### Schweden und Norwegen.

Stockholm, 23. Jan. Im Regierungsvorschlag, betreffend die Reorganisation der Armee, wird die Friedensstärke mit 36,000 Mann, die Stärke auf kleinerem Kriegsfuß mit 68,000 Mann und auf größerem Kriegsfuß mit 100,000 Mann angegeben. Ferner wird darin vorgeschlagen, die Wehrpflichtigkeit von 20 bis zum 40. Lebensjahr dauern zu lassen, mit 10 Jahren Dienst in der Reserve und nach dem 40. Jahre im Landsturm. — Nach einer Königl. Bestimmung sollen die Abgaben, welche bisher beim Einsegeln in schwedische Häfen unter dem Namen „Infartspennig“ (Einfahrtsgeld) von Schiffen erhoben worden sind, welche aus offener See ankamen, vom 1. Febr. 1869 an nicht mehr bezahlt werden.

### Türkei.

Konstantinopel, 20. Jan. (Köln. Ztg.) Die Pforte hat sich auf den Wunsch des Fürsten Karl von Rumänien bereit erklärt, einen türkischen Vizekonsul in Bukarest zu ernennen, und durch einen Muselman an Ort und Stelle die politischen Beziehungen zwischen der Pforte und Rumänien, von jener Beeinflussung frei, richtig beurtheilen zu können. Der „Levant Herald“ protestirt gegen die im hellenischen Blaubuch veröffentlichten Depeschen des Gesandten Delvannis, weil dieselben die Worte der Botschafter falsch wiedergegeben hätten. Der englische Botschafter Elliot hat mehreren Personen erklärt, Das, was er gesagt, sei missverstanden worden.

### Großbritannien.

\* London, 27. Jan. Anlässlich des Todes des belgischen Kronprinzen wird der englische Hof vom 28. v. bis zum 4. Febr. Trauer, und vom 4. Febr. bis zum 11. Febr. Halbtrauer anlegen. — Am 2. März gedenkt die Königin im Buckingham-Palast eine große Cour für das diplomatische Korps, die Minister und andere „offizielle Persönlichkeiten“, nebst deren Damen abzuhalten. Am 5. März soll dann ein Herrenempfang, und am 10. März ein Drawing Room folgen. Nachdem Obrist Taylor den Posten eines „Einseitigers“ der konservativen Partei aufgegeben hat, ist sein bisheriger Assistent, Hr. Koel, eines der konservativen Parlamentsmitglieder für Mid-Kent, an seine Stelle gerückt, und Hr. Hart Dyke hat den Posten von Hr. Koel's erhalten. — Die Prüfung der angefochtenen Wahl in dem irischen Bezirk Garrickfergus ist zu Gunsten des konservativen Vertreters, Hrn. Dalway, ausgefallen. Die konservative Partei hat die gegen das liberale Unterhausmitglied für Carlou, Hrn. Fagan, beabsichtigte Petition zurückgezogen und der Gerichtshof der Common Pleas erklärte die Wahl für gültig.

Eine von einem Zweige der Reformliga einberufene öffentliche Versammlung wies ihre Aufmerksamkeit dem Fortschritt des Republikanismus in Spanien, und eine Anzahl von Beschlüssen, welche das spanische Volk ob derselben beglückwünschten, wurden mit großem Enthusiasmus angenommen. Die Versammlung war recht zahlreich besucht, und der Saal, in welchem sie stattfand, war nach Antritt einer Prozession, mit Fahnen und Musik an der Spitze, dicht gedrängt voll. Nichtsdestoweniger herrschte die größte Ordnung.

\* London, 28. Jan. Gestern hat in Gloucester ein Bantet der liberalen Parteimitglieder stattgehabt. Hr. Lowe äußerte bei dieser Gelegenheit, daß die Regierung auf Abschaffung der irischen Staatskirche bestehen werde.

London, 28. Jan. Nach Berichten aus Australien vom 18. Dezbr. sind die australischen Eingebornen auf dem östlichen Vorprunze der Nordinsel von Neuseeland (bei Poverty Bay) zweimal geschlagen worden. An der Westküste (Wanganui) werden die Truppen der Kolonie zur Dämpfung des dortigen Maori-Auftrubs konzentriert.

\* Falmouth, 27. Jan. Die „City of Brüssel“, die so eben angekommen ist, bringt Nachrichten von Buenos-Ayres vom 18. Dez., von Montevideo vom 20. Dez., von Rio de Janeiro vom 29. Dez., und von Paraguay vom 13. Dez. An diesem Tag waren die Paraguiten noch Herren von Angastura. Die Verbündeten befanden sich, wie es hieß, in einer schwierigen Lage. Beim letzten Kampf hatten sie 8000 Mann verloren.

Die durch den Brand der Zollgebäude zu Rio de Janeiro verursachten Verluste werden auf 80,000 Pfd. St. veranschlagt. Sie sollen hauptsächlich von französischen Kaufleuten getragen werden.

### Vermischte Nachrichten.

— Ulm, 24. Jan. Nach dem Jahresbericht des Dombaumeisters Thrin über die Arbeiten am Münster im Jahr 1868 wurden im Ganzen verbaudt 29,558 fl. 26 kr., wobei insbesondere in den Monaten Oktober und November die Restauration der St. Valentinskappe hervorzuheben ist. Beschäftigt waren in der Münsterbaubütte 30 Steinmeger, 8 Lehrlinge, 25 Arbeiter, zusammen 63 Mann. Die freiwilligen Beiträge in 25 Jahren beliefen sich auf 233,249 fl. 27 kr.

— Augsburg, 28. Jan. (Bayr. Bl.) Heute Vormittags 10 Uhr verschied dahier nach mehrwöchigem Leiden der Generalleutnant Feder, Kommandant der 2. Armeedivision.

— München, 28. Jan. (Bayr. Bl.) Zum niederbayerischen Regierungsdirektor wurde der oberbayerische Regierungsrath Kaiserberg beiderseitig und zum oberbayerischen Regierungsrath der Bezirksamtmann in Fürtz, Karl v. Rüdler, ernannt.

— Erlangen, 27. Jan. Wie das hiesige „Tagblatt“ mittheilt, hat Bürgermeister Dr. Papellier in Folge eines für ihn kränkenden Beschlusses des Kollegiums der Gemeindevollmächttigen seine Stelle niedergelegt.

— Wien, 27. Jan. Die „N. Fr. Pr.“ meldet: Cernuschi, der Vertreter des Credit foncier, und Laurier, Anwalt der Banque ottomane, sollen an Verhandlungen über die türkischen Bahnen Theil nehmen, welche vorläufig auf die Beschaffung von 275 Mill. Fr. reduziert würden. Derselben Platz sollen für die Superdividende der Theiß-Bahn fast anderthalb Millionen verfügbar sein.

— Prag, 25. Jan. In Lepitz sprudelt seit Sonntag Nachmittag nach Enttörung der Porphyrquellen die Steinbadquelle wieder in einem gewaltigen Strahle von 33 Grad Stark hervor.

— London, 27. Jan. Die Verhandlungen gegen die Direktoren der Compagnie D'ereb und Burney sind vom Polizeigericht an ein Geschwornengericht überwiesen worden.

— New-York, 17. Jan. Die Baumwolle-Einfuhr in den ersten vier Tagen der abgelaufenen Woche betrug 42,000 Ballen. Die Ausfuhr betrug in demselben Zeitraum nach England 12,000, nach anderen Häfen des Kontinents 4000 Ballen.

### Badische Chronik.

#### Ueber englischen Parlamentarismus.

Haben im Anfange des Jahrhunderts die politischen Zustände Frankreichs auf die Entwicklung des konstitutionellen Staatsrechts in den deutschen Staaten einen vielseitigen Einfluß geübt, so sind in den letzten Jahrzehenden die englischen Staatseinrichtungen und Gesetze der Gegenstand eingehender und gründlicher Forschungen in Deutschland geworden, und die verschiedensten Parteien sind jederzeit bereit, ihren Argumenten durch den Hinweis auf das englische Vorbild Nachdruck zu verschaffen. Einige Notizen, die wir der kürzlich erschienenen Uebersetzung eines englischen Werks („Ueber parlamentarische Regierung von A. Todd, übersetzt von Hoffmann“) entnehmen, dürften um so mehr von Interesse sein, als sie einen jüngst auch in unserer Tagespresse mehrfach berührten Gegenstand, die Bildung des Ministeriums, betreffen. Inwieweit die englischen, der dortigen Gestaltung der parlamentarischen Regierung entsprechenden Anschauungen auf deutsche Verhältnisse anwendbar sind, mag dabei unerörtert bleiben.

Von den 29 Ministern, welchen in England seit 1782 die Leitung der Staatsgeschäfte anvertraut war, sind 14 in Folge von Niederlagen im Parlamente oder bei den Wahlen, 2 wegen Uneinigkeit der Kabinetsmitglieder, 4 kraft Entschliebung des Königs, 8 in Folge des Ablebens oder schwerer Erkrankung des Premier zurückgetreten. Daß ein solcher Todesfall die sofortige Auflösung des Ministeriums unmittelbar zur Folge hat, steht außer Frage und kann auch nach der Stellung, welche der Premierminister einnimmt, kaum in Zweifel gezogen werden. Von besonderer politischer Wichtigkeit erscheint der Rücktritt des Kabinetts in Folge königlicher Entschliebung, da diese in der Regel ein von dem Parlamente unterstütztes Ministerium treffen, und demnach den Nachfolger eine schwierige Stellung schaffen wird. So gab die Entlassung des Ministeriums Portland (1783) und die Berufung Pitt's, dem die Mehrheit des Parlaments in entschiedener Feindseligkeit entgegentrat, zu den heftigsten Kämpfen Anlaß, welche nach drei Monaten zur Auflösung und jobann bei den Wahlen zu einer schweren Niederlage der Opposition führten. Pitt selbst, welcher 18 Jahre im Amte blieb und jederzeit über eine überwältigende Mehrheit im Unterhause verfügte, wurde von dem König entlassen, als er in Uebereinstimmung mit dem Parlamente die Ausschließung der Katholiken von gewissen Ämtern beseitigen wollte, und dieselbe Angelegenheit veranlaßte 1806 die im Parlamente lebhaft angegriffene Entlassung Grenvilles. Endlich erfolgte 1834 die Auflösung des Ministeriums Melbourne nur deshalb, weil der König seine bisherigen Ansichten aufgab und sich zu den Grundbächen der Opposition bekehrte, die übrigens unter der Leitung Peel's erst mehrere Jahre später sich im Amte zu erhalten vermochte.

Schon diese Vorgänge zeigen, daß der Einfluß des Parlaments auf die Bildung des Kabinetts durch die Prerogative der Krone wesentlich beschränkt wird. Allerdings wird als charakteristischer Zug der parlamentarischen Regierung die Voraussetzung bezeichnet, daß die Minister Mitglieder eines der beiden Häuser des Parlaments sind, deren Verhandlungen sie im Allgemeinen zu leiten im Stande sein müssen, und die nur so lange für berechtigt gelten, ihre Stellungen zu behaupten, als sie das Vertrauen des Parlaments, und zwar insbesondere des Hauses der Gemeinen, besitzen; dagegen ist heute eben so bestimmt anerkannt, daß der Premierminister — als der Minister, in welchen die Krone ihr konstitutionelles Vertrauen gesetzt hat und der seinem Souverän für die Regierung des ganzen Reichs verantwortlich ist — von der Krone selbst frei und unbeeinträchtigt gewählt werden muß. Weiter gehende Ansprüche, welche die Whigs, die Schwäche der ersten Könige aus dem Hause Hannover benützend, erhoben, indem sie den Häuptern der Partei die Besetzung, die Minister vorzuschlagen, beilegen und die nach 1812 bei dem Tode Perceval's geltend gemacht wurden, sind heute aufgegeben. Peel, welcher wiederholt, ohne vorher mit irgend Jemand Rücksprache genommen zu haben, die Bildung eines Kabinetts übernahm, erklärte, indem er auf die seinen Rücktritt (1845) begleitenden Umstände hinwies: „Ich trat mit keiner eigenen Ansicht in Betreff meines Nachfolgers hervor. Es ist dies so ziemlich der einzige, durchaus persönliche Akt der Monarchin; ihr steht die Bestimmung zu, wem sie ihr Vertrauen schenken will.“ Bei Vergebung der einzelnen Portefeuilles wird sodann dem Premier selbst durchaus freie Hand gelassen, die Persönlichkeiten auszusuchen, welche mit ihm in den Regierungsgeschäften zusammenwirken sollen. Er muß in der



Lage sein, dem Parlament gegenüber die volle persönliche Verantwortlichkeit für die Ernennung eines jeden Mitgliedes des Ministeriums zu übernehmen, und selbst der Souverän wird seine Wünsche bezüglich der Zulassung oder Ausschließung gewisse Personen, so schwer sie tatsächlich in das Gewicht fallen, gegenüber dem Widerspruch des Premiers, solange dieser überhaupt an der Spitze des Cabinets belassen wird, nicht aufrecht erhalten. (Schluß folgt.)

Karlsruhe, 28. Jan. Folgendes ist das Betriebsergebnis der bad. Verkehrsanstalten vom Dezember 1868, sowie für das ganze Betriebsjahr 1868:

A. Frequenz.

	Personen		Stück Vieh		Güter	
	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück
Dezember 1868	400,559	26,509	1,448,702	1,628,577		
1867	343,059	27,559	1,832,230	1,876,650		
1868	5,470,660	385,810	19,892,350	22,317,929		
1867	5,012,093	425,043	18,267,748	21,240,778		

Kauf die Meile Bahnlänge:

	Personen	Stück Vieh	Güter
Dezember 1868	3,571	236	12,915
1867	3,393	273	18,119
1868	51,498	3,632	187,257
1867	50,926	4,319	185,610

B. Einnahme.

	aus Personen- und Gepäck-Verkehr		aus Vieh-transport		aus Güterverkehr	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Dezember 1868	230,625	38	11,054	55	980,827	22
1867	207,274	41	11,381	42	1,526,464	8
1868	4,212,261	40	174,893	57	14,370,990	4
1867	4,196,297	41	202,329	17	14,100,223	24

Kauf die Meile Bahnlänge:

	Personen	Stück Vieh	Güter
Dezember 1868	2,056	—	99
1867	2,050	—	113
1868	39,652	—	1,646
1867	42,637	—	2,056

Die Länge der badischen Bahnen betrug im Dezember 1868 112,17 Meilen im Dezember 1867 101,14 Meilen.

S\* Forzheim, 28. Jan. Gerade 8 Tage hatten sich die Freunde des Schiffsverkehrs hier und in der Nähe hiesiger Eisenbahnen zu erfreuen. Zwar war dies in der nächsten Umgebung der Stadt erst in den letzten Tagen der Fall, während man vorher scharenweise von hier auf das Eis nach Weihenstephan wanderte. — Die paar kalten Tage genügten aber doch, den Besitzern von Eisstellern ihren Bedarf an Eis für das nächste Jahr hinreichend zu liefern. Es mag bei diesem Anlaß bemerkt werden, daß im vorigen Winter schon Hr. Kommodor Sägmüller von hier einen sog. amerikanischen, d. h. überirdischen Eisstiller baute, welcher sich im letzten heißen Sommer sehr gut bewährte, indem der Besitzer bis Anfang des gegenwärtigen Winters noch Eis im Vorrath hatte. Neben dem Eisstiller hatte Hr. Sägmüller auch eine Trinkhalle eingerichtet, worin während des Sommers verschiedene Mineralwasser und andere Erfrischungen geboten waren. Wir wünschen dem Besitzer, daß diese Anstalt in der nächsten Saison mehr als in der letzten benutzt werde. Der genannte amerikanische Eisstiller ist auf Mauern aus Ziegeln über der Erde erbaut und mit dreifachen, die ganze Umfassung bildenden Holzwänden versehen, die einen doppelten hohlen Raum einschließen, welcher mit schlechten Wärmeliegern ausgefüllt ist. Die arabische Klinkerziegelbauart von Joug-Joug gab auch hier einige Vorstellungen. Wir stimmen Dem, was Ihr Blatt über deren Leistungen mittheilt, ganz bei. Ähnliches hat man, was Kraftanstrengungen und Beharrlichkeit anbelangt, wohl noch selten gesehen.

Heidelberg, 28. Jan. (H. Bl.) In heutiger Sitzung des Gemeinderaths und engeren Ausschusses wurde beschlossen, eine Adresse an Hr. Bürgermeister Stromeyer in Konstanz zu erlassen, worin dem Gesüh der Entrüstung über die ihm von Seiten der Freiburger Kurie gewordene Mahregelung, sowie über auch der ihm allgemein geäußerten Hochachtung für seine Person Ausdruck gegeben werden soll.

Mannheim, 28. Jan. Heute ist die Frage: ob gemischte Schule oder nicht, durch die Abstimmung der Einwohnerschaft nach Konfessionen in bezug auf den Ort entschieden worden, denn über die morgen stattfindende Abstimmung der jüdischen Gemeinde herrscht kein Zweifel. Das Ergebnis der Abstimmung kann als ein überaus günstiges bezeichnet werden. In der protestantischen Gemeinde war unter etwas mehr als 1400 Abstimmenden beinahe Stimmeneinhelligkeit; in der katholischen, in welcher die Agitation gegen die gemischte Schule von der Kanzel und in Flugblättern eine sehr lebhaft war, wurden gegen 200 Stimmen gegen, bei 800 Stimmen für dieselbe abgegeben. Die Beteiligung an der Abstimmung war eine so lebhaft, daß die anberaumte Zeit von 9—1 Uhr kaum genügte, alle Abstimmenden einzutragen.

Mannheim, 28. Jan. Das eben kurz nach 1 Uhr bekannt gewordene Ergebnis der Abstimmung über die Einführung der gemischten Volksschulen weist ein Ergebnis von 1 Prozent bei der evang.-protestantischen und von 20 Proz. bei der katholischen Bevölkerung nach. Diese betheiligte sich mit etwa 600, jene mit 1000 Stimmen. Erstes haben wir eine regere Theilnahme bemerkt als heute bei dem ereignisvollen Akt. Wir möchten sagen, unsere Stadt hatte nur eine Phlegmonie: den Ausdruck der Befriedigung und Freude. Überall wo wir hinkamen, reichte man sich brüderlich die Hand: nur Wenige konnten das „Mixed piket“ nicht vertragen; sie schlichen „geduckt“ davon. Auffallend ist, daß auch Leute, welche die hochwichtige Sache gar nicht angeht — denn es haben ja nur die Familienhäupter, welche im Besitz von Kindern sind, dabei mitzusprechen, also doch nicht die Herren vom Glibat — mit unerlaubten Mitteln ihren Einfluß geltend zu machen suchten. So schrieb eine derartige Person einer andern: „Ich weiß, Sie sind von der Tragweite des morgigen Tages überzeugt, und ich möchte Sie deshalb bitten, Ihre Stimme nicht setzen zu lassen. Lassen Sie sich nicht beirren durch die „Agitationen“ der Gegner; es herrscht dort große Furcht, und mit Recht, denn unsere Sache steht gut! Stimmen Sie mit uns — thun wir unsere Pflicht.“ (Der Schreiber dieses Briefes ist ein Kaplan W. Korn hier.) Derartige Manipulationen bedürfen keines Kommentars.

Mannheim, 29. Jan. Die gestrige Abstimmung bezieht sich nach der „N. B. Ztg.“ genau, wie folgt: a) Von der katholischen Konfession stimmten 765 mit Ja! und 202 mit Nein! Von den Abstimmenden wurden 13 Stimmen für ungültig erklärt, so daß

752 richtige Stimmen verblieben; von den Reinstimmenden fielen 4 Stimmen als unecht aus, so daß 198 als gültig erkannt wurden. b) Von der protestantischen Konfession stimmten 1015 mit Ja! und 6 mit Nein! Viele noch wollten ihre Stimmen abgeben, allein Zeit und Raum machten dies unmöglich. Manche waren mehrere Male in den Wahllokalen, ohne an den Abstimmungstisch gelangen zu können. Der Sieg wäre dadurch um eine Anzahl Ziffern vermehrt worden, allein größer doch nicht.

Dem „Mannh. Journ.“ zufolge berathen heute die Gemeindevorstände über eine Kundgebung an Bürgermeister Stromeyer in Konstanz. In der gestrigen Sitzung des literarisch-geselligen Vereins brachte ein katholisches Mitglied in warmer Ansprache ein Lebehoch auf Hr. Stromeyer aus, in welches die Versammlung jubelnd einstimmte. Ein Telegramm brachte demselben mit dem Ausdruck ehrender Hochachtung davon sofort Kunde.

Mannheim, 28. Jan. Heute fand, einfach und anspruchslos von dem Verstorbenen gewünscht, aber geziert durch die Theilnahme aller Stände der hiesigen Einwohnerschaft, das Leichenbegängniß einer in den Kreisen der Kunstfreunde und Erzähler mit Anerkennung genannten und vieler verdienten Persönlichkeiten unserer Gemeinde statt.

Hofrath Adolf Jos. Seiz, Med. Dr., wurde, nachdem er einem langen schmerzlichen Leiden, gegen welches er vergeblich im letzten Sommer durch eine Luftveränderung Hilfe gesucht, erlegen war, diesen Nachmittag zu Grabe getragen.

Er hatte eine geraume Zeit seines Mannesalters sich dem Beruf als ausübender Arzt gewidmet, dann sich aus den Geschäften desselben zurückgezogen und den Strebungen der bildenden und der Pflege der darstellenden Kunst seine Muse gewidmet. Schöne Sammlungen namentlich von Kupferwerken waren das Ergebnis der eifrigeren, mehrjähriger Vorarbeit im hiesigen Hoftheater-Komitee die Frucht der letzteren gewesen. Zugleich betätigte er seine Sorge für Erziehung und Bildung durch die Uebernahme der Inspektion und des Vorsitzes im Verwaltungsrath der höhern Bürgerschule und befehlt sie bis zu seinem im 67. Lebensjahr erfolgten Hinscheiden. Wie im Leben überhaupt, so war auch in dieser Wirksamkeit Freundlichkeit und Humanität ein Charakterzug, der ihn auszeichnete. Der Landesherzog hat sein Wirken durch den Hofrathstitel und die Insignien des Jäger-Ordens ausgezeichnet; in den Herzen vieler Freunde wird sein Andenken bewahrt bleiben. Namentlich hat der literarisch-gesellige Verein an ihm ein treues, thätiges Mitglied verloren und mit Schmerz seinen Kranz neben diejenigen der Familie und Verwandten an den Sarg geheselt, welcher die Hülle des Hingegangenen umschließt.

Mannheim, 28. Jan. Anknüpfend an unsere Mittheilungen vom 25. betrachten wir nun die Verkehrsrichtungen am hiesigen Platz und die damit in engerem Zusammenhang stehenden Verhältnisse etwas näher. Mannheim ist eine Handels- und Industrieort, eine der angesehensten am ganzen Rhein, und wohl die bedeutendste im südwestlichen Deutschland. Wir haben im Augenblick 680 Handelsfirmen, darunter 75 industrielle Etablissements. Wer mit unseren staatslich-wirtschaftlichen Verhältnissen, und speziell denen der Eisenbahnen auch nur einigermaßen vertraut ist, wird zugeben, daß die zur Hebung und Förderung des Verkehrslebens in Mannheim aufzuwendenden Mittel eben so sehr im Interesse des Landes, d. h. der Staatsgemeinwohl, des Volkes, zur Verwendung kommen, als unserem Plaz selbst. Damit soll jedoch selbstverständlich nicht gesagt werden, daß der materielle Wohlstand hier nicht wesentlich dadurch gefördert würde. Auswärts begegnet man oft neidischen Gemüthern, die mit schielendem Auge unsere fortschreitende Entwicklung beobachten, und meinen, Alles geschähe zum Vortheil Mannheims allein. Dies ist nun nicht so.

Wehr als 25 Jahre ist für Mannheim nicht alles Das geschah, was hätte geschehen sollen. Erst mit dem Finanzministerium Rath trat eine neue Aera für uns ein: man erkannte die Bedürfnisse Mannheims besser als früher und legte rüstige Hand an die stehende Brücke, den Rangirbahnhof und die Redarforektion, sowie an das großartige Werk der Hafenanlagen, das unsere Nachkommen preisen werden.

Die eben zuerst genannten drei Riesenbauten sind vollendet, die Mündung des Neckars reicht schon bis zum Freiburger Durchfließ und ist nur noch die Abbaumung auf dem rechten Neckarufer vorzunehmen. Die bereits aufgewendeten Kosten für diese Bauten betragen ungefähr 4 Millionen Gulden (badischer Anteil an der Rheinbrücke etwa 1 1/2 Million).

Es gibt einsichtige Menschen, die meinen, es sei immer noch nichts geschehen. Man kann ja doch nicht Alles auf einmal machen. Da ging es uns wie den „geschickten“ Holländern. Die haben an fünf und zwanzig Ecken und Enden, in jeder Provinz, ihr Schienennetz angeponnen und nun gehen wohl noch 25 Jahre darauf, bis das Ganze fertig ist: — bis dahin hat keine Etnas! Man muß suchen, jede neue Anlage baldmöglichst rentabel zu machen: das ist „hausmännlich“! Vor Allem werden nun die neuen Hafenanlagen erbaut, oder doch so weit hergestellt werden müssen, daß sie dem Bedürfnis des großen Verkehrs entsprechen. Dann dürfte Hand an den Personen-Bahnhof gelegt werden.

Bei dieser Voraussetzung ist die Entscheidung der Frage von großer Wichtigkeit: wohin dieser Bahnhof erbaut werden soll. Daß er in die Nähe des jetzigen Rangirbahnhofs und des voreerst eingerichteten „Provisorium“ für den Personenverkehr kommen wird und muß, unterliegt keinem Zweifel. Aber darüber „plagen die Geister aufeinander“: ob er parallel mit der Lindenallee im Schloßgarten oder in gerader Linie mit dem Gürtelbamm um die Stadt — also gegen das Heidelberger Thor zu gelegt werden soll. Das haben wir bemerkt, daß auch heute noch partikulärische Interessen vorwiegend eingreifen, wie schon vor 4 Jahren, wo es sich darum handelte, ob die Brücke über die Mühlau erbaut und der alte Bahnhof beibehalten, aber dem Ansehen des Plazes, und dem gesteigerten Bedürfnis des Personen- und Güterverkehrs entsprechend, erweitert werden solle.

Ueber die projektirten und ohne Zweifel im laufenden Jahr in Angriff genommen werdenenden Hafenanlagen werden wir mit unserm nächsten nähere Mittheilungen machen.

— Ein in Lahr abgehaltener Bürgerabend hat auf telegraphischem Wege den H. H. Stromeyer und Fauler Dank und Anerkennung übermitteln.

— Die Saline Dürreheim probucirt — wie die „Konst. Ztg.“ berichtet — mehr Salz als neulich angegeben wurde, nämlich 220 bis 230,000 Ztr. pro Jahr. Die freie Konkurrenz hat derselben also mehr genügt als geschadet.

Vom Untersee, 27. Jan. (Konst. Ztg.) Heute wurde die Eisbahn von Altenbach nach der Insel Reichenau abgesteckt. Das

Eis ist sicher und der ganze Untersee bildet eine herrliche Schlittenbahn.

— Der am Mittwoch den 27. zu Konstanz stattgehabte Bürgerabend besaß sich, da der Restent über Gemeinwesen abgehalten war, nur mit der Offenburger Angelegenheit. Hr. Abg. Seiz machte Mittheilungen über die Offenburger Versammlung und sprach sich, dem Berichte der „Konst. Ztg.“ nach zu urtheilen, in sehr gemäßigter Weise aus. Hr. Bürgermeister Stromeyer beantragte, daß die Frage der Gemeindegesehung in dem Offenburger Programm so kurz behandelt, worauf Hr. Seiz erwiderte, man habe sich hierüber zwar lange berathen, jedoch über die einzelnen Bestimmungen nicht einigen können. Die „Vereinbildung“ im Sinne der Offenburger scheint nicht angeregt worden zu sein. — Hierauf wurde dem exkommunizierten Bürgermeister ein Hoch gebracht. Derselbe dankte und wiederholte seine früher schon gemachte Zusicherung, daß er auf ein von 150 Bürgern unterzeichnetes Mißtrauensvotum hin alsbald seinen Posten räumen werde.

Karlsruhe, 29. Jan. Die erste Aufführung der Wagner'schen „Meistersinger“, die bekanntlich heute stattfinden sollte, mußte in Folge plötzlich eingetretener Heiserkeit des Hrn. Brandes unterbleiben und das Theater bleibt heute Abend geschlossen. Da die Anzeige erst Mittags an den Straßenecken zu lesen war, dürfte mancher Fremde, welcher der Vorstellung beiwohnen wollte, vergebens hieher gekommen sein.

Karlsruhe, 29. Jan. (Straßammer.) Im vorigen Spätjahr wurden in verschiedenen katholischen Kirchen die Opferstöcke aufgebrosen und ihres Inhaltes beraubt. Es gelang, einen dieser frechen Diebe vor Gericht zu stellen; er heißt Jakob Kapitel von Oberzollhaus, Königl. bayrischen Bezirksamts Kompten, schon zweimal wegen Diebstahls bestraft, lediger Schmiedgesell. Dieser wurde am 31. Okt. v. J. zur Mittagsstunde in der Kirche zu Mörchi bei Ettlingen betreten, als er den Opferstock erblicken wollte; man fand in seinem Besitz mehrere Instrumente, welche zu dieser Spezialität des Diebstahls notwendig sind, so außer einem Stemmeisen, das ihm schon in der Kirche entfallen war, Bogelleim und Draht, Beweis dafür, daß er sich auch mit dem s. g. „Fischen“ abgibt, wobei der Dieb die einzelnen Geldstücke mit der Leimruthe herausholt. Dies mag dem Jakob Kapitel zu langweilig gewesen sein, denn es stellte sich heraus, daß er einige Tage vorher in den Kirchen zu Seidenheim und Schwellingen, in letzterer sogar während der Geistliche Beichte hörte, die Opferstöcke erbrochen und mindestens 30 fl. entwendet hat. Sein bartnäckiges Läugnen in heutiger Verhandlung konnte ihm nichts helfen: er wurde bestimmt als die nämliche Person erkannt, welche unter verdächtigen Umständen in Seidenheim und Schwellingen für mehrere Gulden halbe und ganze Kreuzer wecheln ließ, er hätte einen falschen Namen angegeben, Fluchtversuche gemacht, und sich sein Urtheil selbst gesprochen, indem er im Amtsgangniß zu Ettlingen auf die Rückseite der Hausordnung, welche nach bestehender Vorschrift in jeder Zelle angeschlagen ist, geschrieben hat: „Jakob Kapitel wurde im Nov. 1868 arretirt, bis 9. Jan. 1869 hier, sodann nach Karlsruhe ans Kreisgericht, von da nach Bruchsal ins Lusthaus“. Dieser Wunsch wurde erfüllt und der Angeklagte wegen in dreifacher Fortsetzung verurtheilt, mehrfach verschwert, dritten Diebstahls, im Betrag von über 25 fl., zu zwei und ein halb Jahr Zuchthaus verurtheilt.

S\* Forzheim, 27. Jan. (Literarische.) Gestatten Sie, daß ich auf eine literarische Erscheinung der jüngsten Zeit aufmerksam mache, die einen Lehrer des hiesigen Realgymnasiums zum Verfasser hat und die geeignet sein dürfte, den Unterricht in den neueren fremden Sprachen namentlich in erweiterten Volksschulen, höheren Bürger- und Lehrerschulen zu fördern. Es ist dies die Schrift des Hrn. Lehramtspraktikanten L. Sevin von hier, betitelt „Kurzes System der französischen Grammatik“. Der Zweck der kompensid gehaltenen Schrift ist, an Lehramtsstellen, an welchen kein streng grammatikalischer Unterricht eingeführt ist und namentlich auch kein Latein gelehrt wird, und wo man den französischen Sprachunterricht nach einem sog. praktischen Lehrzug, z. B. nach Ahn &c., erteilt, in kurzer, übersichtlicher Weise die Haupttheile der Grammatik zusammenzustellen, um neben dem eigentlich praktischen auch den formellen, logischen Endzweck zu erreichen, und so den Unterricht zu einem wahrhaft geistbildenden zu machen. Der Verfasser hat diese Hauptregeln der französischen Grammatik auf 40 Seiten zusammengestellt, und es ist darum die kleine Schrift ganz geeignet, in die Hand der Schüler der oben genannten Anstalten gegeben zu werden. Wir erfahren, daß dieselbe bereits auch in verschiedenen Schulen Eingang gefunden hat. — Bei diesem Anlaß möchte ich auch solche Lehrer, denen es obliegt, einen populären Unterricht in der Geometrie zu erteilen, auf die Schrift „Die ebene Geometrie und deren Anwendungen“ von A. Maier, Professor am Realgymnasium in Karlsruhe, aufmerksam machen. Dieselbe zeigt in recht gelungener Weise, wie die Hauptätze der Elementargeometrie auch ohne streng mathematische Herleitung bewiesen und verstanden werden können, und ist darum in die Hand des Lehrers ein sehr brauchbarer Leitfaden für den fraglichen Unterricht.

Frankfurt, 29. Jan. — Uhr — Min. Nachm. Defferr. Kreditaktien 254 1/2, Staatsbahn-Aktien 311, National 53 1/2, Cteuerfreie 52 1/2, 1868er Loose 78, Defferr. Bankia 97 1/2, 4proz. bad. Loose —, Amerikaner 79 1/2, Gold —.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Zentralstation Karlsruhe.

28. Jan.	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Dirnmet.	Witterung.
Mrgs. 7 Uhr	27° 6,1"	- 1,4	0,94	N.O.	fl. bew.	Rebel, trüb, frisch
Mrgs. 2 "	27° 5,7"	+ 3,0	0,89	S.W.	fl. bew.	Nbl., Reg., th., warm
Nachts 9 "	27° 6,1"	+ 3,8	0,96	S.W.	fl. bew.	regnerisch, warm

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater. Sonntag 31. Jan. 1. Quartal. 14. Abonnementsvorstellung. Kleines Memoiren, Pöffe mit Gesang in 3 Akten, von Emil Pohl. Musik von Conradi.



